



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 53. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 9. Juni 2021, 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Susann Rührich, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 7**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema "Kind-
gerechte Lebensräume für alle Kinder"





Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 6
Wortprotokoll	Seite 7



Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 9. Juni 2021, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU Wiesmann, Bettina Margarethe	_____	CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
AD Huber, Johannes	_____	AD Harder-Kühnel, Mariana Iris	_____
FDP Seestern-Pauly, Matthias	_____	FDP Föst, Daniel	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Werner, Katrin	_____

3. Juni 2021

Anwesenheitsliste
Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 1 von 2



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kin-
derkommission)

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 9. Juni 2021, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Schneidewind-Hartnagel, Charlotte	_____	Walter-Rosenheimer, Beate	_____
_____	_____	_____	_____

3. Juni 2021



Anwesenheitsliste

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro
Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339
Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

Seite 2 von 2



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“
am Mittwoch, dem 9. Juni 2021, 15.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Dominik Bär (Kinderfreundliche Kommunen e. V.)	
Anja Bierwirth (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie)	Teilnahme mittels Videokonferenz
Noemi Coll Barroso (Schools for Future)	N. coll
Jonathan Kriener (Schools for Future)	J. Kriener
Claudia Neumann (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.)	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Abg. Susann Rührich 7, 11, 13, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23

Sachverständige

Dominik Bär 7, 19, 20, 21

Anja Bierwirth 11, 20, 23

Noemi Coll Barroso 13, 18, 22

Jonathan Kriener 14, 18, 22

Claudia Neumann 15, 19, 21



Tagesordnungspunkt 1

Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Ich begrüße Sie ganz herzlich zur Anhörung der Kinderkommission im Deutschen Bundestag, die auch im Parlamentsfernsehen und Internet übertragen wird. Ich entschuldige mich, dass wir später anfangen, als wir eigentlich eingeladen haben. Es tut uns leid, aber wir haben noch über Stellungnahmen gebrütet. Wir mussten auch etwas später anfangen, so ist das manchmal in den hektischen Zeiten der letzten Sitzungswochen. Von daher vielen Dank, dass Sie gewartet haben und ich danke Ihnen, für Ihr Verständnis. Neben der Übertragung im Parlamentsfernsehen und Internet wird auch ein Wortprotokoll erstellt, das ebenfalls veröffentlicht wird. Sie können daher auch alles nachlesen.

Ich bin Susann Rührich und für die SPD-Fraktion Mitglied in der Kinderkommission. Ich vertrete heute unsere derzeitige amtierende Vorsitzende, Charlotte Schneidewind-Hartnagel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich gesundheitlich entschuldigen lässt. Sie hat uns die Themenauswahl vorgeschlagen, die wir gern übernommen haben. Ansonsten ist hier im Saal noch Norbert Müller von den LINKEN anwesend. Über Webex sind uns Matthias Seestern-Pauly von der FDP-Fraktion und Bettina Wiesmann von der Unionsfraktion zugeschaltet. Herr Huber von der AfD-Fraktion kommt vielleicht noch, er ist das sechste Mitglied im Bunde unserer Kinderkommission.

Wir sind ein Unterausschuss im Deutschen Bundestag und haben den Auftrag, die Belange von Kindern und Jugendlichen in den Bundestag einfließen zu lassen. Dazu führen wir Anhörungen wie diese durch. Die Erkenntnisse fließen im Anschluss in Stellungnahmen ein, die wir dann dem erlauchten Kreise derer, die sich damit aus unserer Sicht befassen sollten, zukommen lassen. Im Moment und in den letzten Monaten beschäftigten

wir uns mit dem Thema „Kinder und Umwelt“. Dabei soll es unter anderem auch darum gehen, was Kinder und Jugendliche über den Klimawandel lernen, wie junge Menschen an Meinungsbildungsprozessen beteiligt werden und welche Bedeutung eine intakte und gesunde Umwelt im Sinne der Kinderrechte hat. Dazu gehört natürlich auch die Frage, wie wir als Gesellschaft die Lebensräume für und mit unseren Kindern und Jugendlichen gestalten und wo es in der Politik, Verwaltung und Gesellschaft noch Handlungsbedarfe gibt.

Wir haben Sie heute zum Themenfeld „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“ eingeladen. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie uns als Sachverständige Rede und Antwort stehen: Herr Dominik Bär von Kinderfreundliche Kommunen e. V., per Video zugeschaltet ist uns Frau Anja Bierwirth vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Als junge Expert*innen sind heute hier im Saal Noemi Coll Barroso und Jonathan Kriener von Schools for Future. Außerdem Claudia Neumann vom Deutschen Kinderhilfswerk. Schön, dass Sie hier sind und seien Sie herzlich willkommen. Ich vermute, dass Sie genau in der Reihenfolge vortragen wollen, wie ich es gerade gesagt habe oder haben Sie etwas anderes vereinbart? Dann würde ich Sie, Herr Bär, um ein Eingangsstatement bitten. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit, gerne in 10 Minuten oder einer Minute weniger, wenn Sie es schaffen. Dankeschön.

Dominik Bär (Kinderfreundliche Kommunen e. V.): Ein Blick auf den Monitor, aber meine Präsentation wird noch nicht angezeigt. Ich habe sie bereits freigegeben. Oder muss ich noch irgendetwas beachten? Ok, ich sehe sie gerade nicht, dann schaue ich einfach auf meinen Monitor.

Sehr geehrte Frau Rührich, sehr geehrter Herr Müller, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Sie kennen unser Projekt und von daher werde ich wirklich versuchen, mich kurz zu fassen. Ich möchte kurz noch einmal ein paar Neuerungen darstellen, die sich seit dem letzten Jahr ergeben haben, um dann auf fünf einzelne Projekte noch einmal einzugehen, die die kindgerechten Lebensräume in unseren kinderfreundlichen Kommunen besonders gut umsetzen, danke ich. Daran möchte ich mit fünf Forderungen



gen oder Vorschlägen schließen, was noch getan werden muss, um Kinderrechte und kindgerechte Lebensräume zu stärken.

Sie kennen uns. Wir sind ein Verein, der von UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk gegründet worden ist und der Kommunen dabei begleitet, die UN-Kinderrechtskonvention auf der kommunalen Ebene umzusetzen. Es gibt uns mittlerweile auf der gesamten Welt in knapp 50 Ländern als Child Friendly City-Initiative. Wir begleiten die Kommunen vier bis fünf Jahre, kleinere Kommunen vier Jahre und größere Kommunen fünf Jahre. Wir versuchen, in den Kommunen Strukturen aufzubauen und nicht nur ein kurzes Projektfeuerwerk zu erreichen. Daher brauchen eben gerade die Planungszeiträume einen längeren Zeitraum, Veränderungen in den Kommunen zu erreichen. Das Deutsche Kinderhilfswerk und UNICEF haben uns gegründet und international ist es eine UNICEF-Initiative. Derzeit begleiten wir die Vorhaben von 36 Kommunen. 2012 haben wir mit sechs Pilotkommunen angefangen. Seit ich im Mai vor einem Jahr das letzte Mal hier war, sind die hier zu sehenden sieben blauen Kommunen neu dazugekommen. Gleichzeitig sind die unteren sieben dunkelblauen Kommunen neu mit dem Siegel bei uns ausgezeichnet worden. Trotz der Coronapandemie erleben wir weiterhin einen deutlichen Zulauf an interessierten Kommunen. Letztes Jahr war ich noch nicht so sicher, wie sich die finanzielle Situation auswirkt. Es ist aber so, dass wirklich viele Kommunen, die hinten runterfallenden Rechte von Kindern während der Pandemie als Notwendigkeit erlebt haben, sich stärker aufzustellen und deshalb zu uns kommen. Ende des Monats sind wir auch mit Berlin-Marzahn-Hellersdorf als zweiten Berliner Bezirk verabredet, um ihn neu aufzunehmen. Das wäre dann die 37. Kommune, die wir begleiten.

In unserer Arbeit wollen wir die Politik auf der kommunalen Ebene erreichen, um damit eine veränderte Sicht auf die Rechte der Kinder zu erreichen. Wir wollen die Verwaltung als unsere eigentliche Hauptzielgruppe erreichen, um sie dafür zu sensibilisieren, was überhaupt das Kindeswohl nach Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention ist und wie die Kinderinteressen aufgenommen werden müssen. Vor allem müssen wir deutlich machen, dass die Kinderrechte ein ressortübergrei-

fendes Thema sind. Wir wollen die Kinderrechte sowohl bei den Kindern und den Familien, als auch bei den Erwachsenen, die sich für die Kinderrechte einsetzen, bekannter und stärker machen. Wir versuchen auch, die Strukturen der Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche selbst zu stärken, so dass in allen Kommunen entsprechende Strukturen und Angebote für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorhanden sind.

In unserem Verfahren, ich habe es bereits gesagt, muss in vier bis fünf Jahren ein politischer Beschluss gefasst werden. Es findet eine Bestandsaufnahme statt, bei der wir uns jede Kommune sehr individuell anschauen. Die Kommunen müssen eigene Aktionspläne erarbeiten und bekommen dafür dann ein Siegel, das sie während der Umsetzungsphase dieses Aktionsplans tragen können. Wir haben im letzten Jahr, ich glaube, ich habe es beim letzten Mal nur angekündigt, auch unser „Handbuch Kinderfreundliche Kommunen“ veröffentlichten können. Darin ist der Erfahrungsschatz von knapp 10 Jahren sehr praxisorientiert zusammengetragen. Ich habe sechs Exemplare mitgebracht, da ich eigentlich mit den sechs Mitgliedern der Kinderkommission gerechnet habe. Ich würde Ihnen trotzdem gerne die sechs Exemplare hier lassen, damit Sie sie noch verteilen können und ich sie nicht wieder mit zurücknehmen muss. Das Handbuch ist jetzt im April veröffentlicht worden und gibt einen sehr guten Überblick über das, was in kinderfreundlichen Kommunen alles stattfindet.

Jetzt komme ich zu den Maßnahmen in kinderfreundlichen Kommunen: Was findet dort konkret statt, um kindgerechte Lebensräume zu erreichen? Eine unserer Leuchtturmkommunen ist Regensburg. Regensburg hat sich mit einer Spielleitplanung auf den Weg gemacht, das heißt, dass dort die gesamte Stadt systematisch danach betrachtet wurde, was aus Sicht von Kindern und Jugendlichen wichtig für die Umsetzung der Kinderrechte ist. Im Rahmen dieser Spielleitplanung sind Qualitätsziele für die gesamte Stadt Regensburg erarbeitet worden. Zum Beispiel das Ziel 1: Die Stadt Regensburg verfolgt das Ziel einer familienfreundlichen und kindgerechten Stadt auch mit den Instrumenten der Stadtentwicklung und Stadtplanung. Diese Ziele sind für die Kommune verbind-



lich verabschiedet worden und werden auch mit anderen Fachbereichen verknüpft. Es bleibt nicht nur auf den Bereich der Jugendhilfeplanung beschränkt, sondern es geht auch darum, in die Stadtentwicklung, die Stadtplanung und die Verkehrsplanung reinzukommen, um dort die Kinderrechte als relevante Grundlage der Planung zu implementieren. Das Ganze fließt dann in die städtebaulichen Wettbewerbe, in Verträge, welche die Stadt mit anderen Akteur*innen schließt und in die Spielplätze, die Spielplatzplanung und auch in die Wohnraumplanung mit ein.

Regensburg ist mittlerweile dabei, diese Spielplatzplanung für jedes einzelne Stadtviertel verfeinert noch einmal durchzuführen, beginnend mit den sozial benachteiligten Stadtvierteln. So liegt dann am Ende für jedes einzelne Viertel eine Spielplatzplanung vor, in der festgelegt und verankert ist, welche Orte, Wegeverbindungen und Ideen von Kindern als wichtig benannt worden sind, so dass diese in der Planung aller Ressorts mit berücksichtigt werden können. Natürlich werden auch Umweltthemen, die von Kindern und Jugendlichen genannt werden, mit angesprochen.

Ein zweites Beispiel: Regensburg hat sich im Dezember 2019 ein eigenes Baulandmodell gegeben und in dieses Baulandmodell sind auch die Kinderrechte mit eingeflossen. Dieses Baulandmodell ist die Grundlage für zukünftige städtebauliche Verträge. Regensburg ist eine stark wachsende Stadt, in der viele Investoren unterwegs sind, die gerne dort auch Wohnungen bauen wollen. Auch dem städtischen Wohnungsbau wird dieses Baulandmodell zugrunde gelegt. Das heißt, in den Verträgen mit den Investoren wird vereinbart, dass für jede/n errechneten Einwohner/ Einwohnerin, die in das neue Wohngebiet einziehen werden, 1,5 Quadratmeter an öffentlicher Kinderspielfläche gebaut werden muss. Wie das Verhältnis zwischen Nettospielfläche und Bruttospielfläche aussieht, ist immer so ein strittiger Punkt. Reicht es, eine große Wiese zu machen und dort ein Schaukeltier hinzusetzen, um dann eine riesige Spielfläche zu haben? Nein. Es wird wirklich geschaut, welche Fläche mit Spielgeräten ausgestattet wird und welche Qualität diese Spielgeräte haben. Das ist dort wirklich vorgegeben. Für viele Investoren war das erst einmal ein Schock, aber sie bauen trotzdem in Regensburg,

und es funktioniert. Man merkt, wie die Kinderrechte auch in eigentlich fachfremde Gebiete wirksam hineinwirken können, damit diese neuen Lebensräume dann auch für Kinder zukünftig kindgerecht gestaltet und geplant werden können.

Jetzt zu einem aktuellen politischen und auch nachhaltigen Bereich: In Eltville am Rhein, einer kleinen Stadt, hat sich eine Gruppe von Your City for Future gegründet. Der Bürgermeister ist dort auf die Fridays for Future bewegten Jugendlichen zugegangen und hat ihnen angeboten, die globalen und oft bundespolitischen Forderungen, die sie haben, auf ihre Kommune, ihre Stadt herunterzubrechen, um dann mit ihnen in die Aushandlung zu gehen, welche von diesen Themen in der Kommune umgesetzt werden können. Diese Your City for Future-Gruppe trifft sich regelmäßig mit dem Bürgermeister, um konkrete Vorschläge zu den Themen Nachhaltigkeit, Mobilität, autofreie Innenstadt, kostenfreier Öffentlicher Personen-Nahverkehr und ähnliches zu erarbeiten. Sie wird von der Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt unterstützt. Die Anregungen, die in dieser Gruppe erarbeitet werden, kommen in den Kinder- und Jugendbeirat und werden an die Stadtverordnetenversammlung und an den Magistrat weitergegeben. Dort haben sie auch schon zu veränderten Schulwegeplanungen geführt, da zum Beispiel Schulstraßen eingeführt wurden, die verkehrsberuhigt sind und auch auf die Initiative dieser Your City for Future-Gruppe zurückgehen. Die Gruppe hat auch ein Budget von 2.000 Euro im Jahr. Es sollen auch nachhaltige Strukturen vor Ort, die die Interessen der Kinder ernst nehmen, geschaffen werden.

In der Wedemark, einer kleinen Kommune im Speckgürtel von Hannover, ist bei der B-Plan-Erstellung eines Neubaugebiets mit Kindern und Jugendlichen geplant worden. Gerade die B-Plan-Erstellung ist etwas, was in die Zukunft gerichtet ist. Darin werden Neubaugebiete geplant und es wird dabei festgelegt, welche Fläche wie genutzt werden soll, und es ist schwierig, Kinder und Jugendliche direkt zu beteiligen. Es wird immer gesagt, dass die Kinder und Jugendlichen noch gar nichts erleben würden. Wir haben mit dieser Kommune zeigen wollen, dass es wichtig ist, die Interessen der Kinder und Jugendlichen generell als Interessensgruppe mit einfließen zu lassen.



Und es ist wirklich zu sehr guten Ergebnissen gekommen. Hier ein Bild aus einem Modellbau-workshop, der dann verbindlich auch in den jetzt beschlossenen B-Plan mit aufgenommen worden ist. Auch bei solchen noch sehr fern liegenden Themen können sich Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen einbringen.

Mit der Stadt Stuttgart sind wir gerade dabei, eine Schulung zu entwickeln, wo wir mit den verschiedenen Ressorts der Verwaltung zusammenarbeiten. Dabei wollen wir ein Verfahren entwickeln, wie der Kindeswohlvorrang in einzelnen Ressorts konkret umgesetzt werden kann, da dieser eigentlich eine Pflichtaufgabe für alle Maßnahmen, Entscheidungen und Planungen der Verwaltungen ist, die die Kinder und Jugendlichen betreffen. Das heißt, dass in Stuttgart die Kinderbeauftragten aus allen Ämtern, Ressorts und Bezirken zusammengekommen sind, um an konkreten Praxisprojekten aus ihrer Verwaltungspraxis zu überlegen, was davon kindeswohlrelevant ist, was beachtet werden muss und wie es umgesetzt werden kann. In Stuttgart hat jedes Ressort einen Stellenanteil für Kinderbeauftragte. In mehreren Praxisprojekten sind dann erste Checklisten erarbeitet worden, die zukünftig auch für verbindlich erklärt werden sollen. Wenn wir die Schulungen in Stuttgart endgültig abgeschlossen haben, wollen wir sie auch den anderen Kommunen anbieten. Das Curriculum stellen wir dann öffentlich zur Verfügung, so dass andere Kommunen diese Schulung in eigener Organisation durchführen können. Wir haben zunächst einmal sieben Module aufgebaut. Erst einmal haben wir sie in einer digitalen Phase ausprobiert, wobei wir hier auch ein Stück weit ausgebremst worden sind. Ich denke, dass eigentlich solche Schulungen Präsenz brauchen, um auch ein Stück an Erhaltungsentwicklung zu erarbeiten. Aber es hat auch in der digitalen Form sehr gut funktioniert. Auch wenn der Rahmen erst einmal etwas herausfordernd war, sind die Ergebnisse die wir jetzt wahrgenommen haben, wirklich beeindruckend.

Als letztes Projekt noch, die Leitlinien „Kindgerechte Planungsprozesse“. Als Verein sind wir gerade mit unseren Sachverständigen, die uns bei der Begleitung von den Kommunen unterstützen, dabei, Leitlinien für kindgerechte Planungsprozesse

zu entwickeln. Wir haben festgestellt, dass es für Kinder- und Jugendbeteiligung schon Qualitätsstandards gibt, die im Nationalen Aktionsplan 2005 bis 2010 entwickelt worden sind. Für andere Bereiche gibt es die noch nicht. Deshalb haben wir gesagt, dass die Planungsprozesse in ihren Auswirkungen für die Schaffung von kindgerechten Lebensräumen so relevant sind, dass wir versuchen, die Kinderrechte herunter zu brechen und mit den Fachgesetzen abzustimmen, um dann für vier Planungsthemen, nämlich die Hochbauplanung, die Freiraumplanung, die Verkehrs- und Mobilitätsplanung und die Stadtplanung Leitlinien zu entwickeln. Diese können dann von den jeweiligen Fachämtern genutzt werden, um sie dann für ihre Planungen zugrunde zu legen. Sie sind nach der Zielsetzung gegliedert, was alles vorher bei der Zielaufstellung und im Prozess beachtet werden muss und was danach bei den Ergebnissen und den Indikatoren geprüft werden muss, ob das, was dort gebaut, geplant, entwickelt worden ist, wirklich kindgerecht ist. Sie sollen bis Jahresende fertig werden. Gerade sind wir noch in der Erarbeitung und sollen auf einer Veranstaltung zum Jahresende vorgestellt werden. Ich werde sie dann auch gerne noch einmal an die Kinderkommission weitergeben. Ich denke, dass es dann in einer neuen Legislatur noch einmal interessant ist, darauf zu schauen. Wir wären dankbar, wenn sie dann über die Strukturen der Kinderkommission auch Verbreitung finden.

Zu meinem Fazit ganz kurz: Was würde für kindgerechte Lebensräume aus unserer Sicht, also aus Sicht der Kinderfreundlichen Kommunen, helfen, damit die Kinderrechte an den Orten, wo die Kinder wirklich leben, ankommen? Erst einmal müssen Kinderrechte als ein ressortübergreifendes Thema begriffen werden. Wir stellen immer wieder fest, dass es als Jugendamtsthema, vielleicht noch als Schulthema behandelt wird. Wir kämpfen immer sehr mit unseren Kommunen, und es ist bei unseren Kommunen eine Teilnahmebedingung, dass wirklich ressortübergreifend gearbeitet wird und dass Steuerungsgruppen aus verschiedenen Ressorts, auch aus den sogenannten harten Themen, zusammen kommen. Jede Kommune, die bei uns teilnimmt, hat selbst gesagt, dass es für die Kommunen hilfreich wäre, wenn die Umsetzung der Kinderrechte als Förderkriterium in der Städtebauförderung mit aufgenommen werden würde.



Damit würde es auch noch einmal ein harter Fakt. Man bekommt dann auch eher finanzielle Förderungen, wenn man die Kinderrechte schon umsetzt. Das ist für die Kommunen eine ganz wichtige Möglichkeit, sich städtebaulich weiterzuentwickeln. Es wäre hilfreich, und da sind wir gerade dabei, mit einer Arbeitsgruppe zu erarbeiten, dass die Umsetzung der Kinderrechte als Zwangsläufigkeit bei der Haushaltsaufstellung beachtet wird. Es soll daraus auch eine Pflichtaufgabe gemacht werden.

Zu den letzten beiden Punkten noch. Wir arbeiten daran, den Wissenstransfer zu verstetigen oder überhaupt eine Möglichkeit dafür zu schaffen. Wir merken, dass es in vielen Kommunen Ansätze gibt und viele auf dem Weg sind, diese aber nicht wissen, welche Konzepten, Strukturen und Rahmenbedingungen es schon gibt. Dafür wollen wir eine Datenbank schaffen, auf die bundesweit zugegriffen werden kann. Daran fehlt es und an der Finanzierung fehlt es uns leider auch. Was wir ebenfalls festgestellt haben, dass Kinder- und Jugendbeteiligung krisenfest aufgestellt werden muss. Ganz viele Beteiligungsstrukturen konnten während der Coronapandemie nicht tagen und nicht stattfinden. Auch hier ist Regensburg ein gutes Beispiel. Der dortige Kinder- und Jugendbeirat ist analog des Behinderten- und Seniorenbeirats als politisches Gremium verankert. Deshalb hat er auch die Möglichkeit, sich während der Pandemie zu treffen. Das muss eigentlich eine Grundlage für Kinder- und Jugendbeteiligung sein. Vielen Dank.

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Ihnen, Herr Bär, vielen Dank für das umfangreiche und wissenswerte Statement. Dann würde ich direkt an Frau Bierwirth übergeben, die uns zugeschaltet ist, und Sie um Ihre einführenden Worte bitten.

Anja Bierwirth (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielen Dank. Ich sage vielleicht ganz schnell ein paar Worte zu mir, während ich meinen Bildschirm freigebe. Erst einmal ganz herzlichen Dank für die Einladung. Mein Name ist Anja Bierwirth, das haben Sie schon gehört, und ich leite am Wuppertal-Institut den Forschungsbereich Stadtwandel. Dieser ist in der Abteilung Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik angesiedelt. Aus beidem zusammengenommen wird eigentlich

schon deutlich, was unser Arbeitsschwerpunkt ist. Wir schauen auf die Stadtentwicklung und auf Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für kommunale Energie- und Klimapolitik. Warum das? Wir schauen zwar durch die ökologische Brille, also Energie- und Klimafragen, gucken aber auch sehr viel auf die Schnittstellen, Synergien und auch Zielkonflikte, die es zu verschiedenen sozialen, aber auch ökonomischen Fragestellungen und Herausforderungen gibt. Für diesen Schnittstellenblick auf die kindgerechten Lebensräume habe ich heute ein paar Beispiele mitgebracht.

Ich denke, dass spätestens mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts deutlich geworden ist, dass das bisherige deutsche Klimaschutzgesetz nicht ausreichend ist und die Freiheitsrechte junger und zukünftiger Generationen gefährdet und einschränkt sind. Das heißt Klimaschutz und Kinder- und Jugendschutz haben offenbar sehr viel miteinander zu tun. Nun haben wir zwar etwas ambitioniertere Ziele, aber wie diese erreicht werden, darüber wird nach wie vor sehr viel gestritten. Dabei geht es oft um sehr technische Lösungen: Wie können wir erneuerbare Energie vorantreiben, wie kriegen wir die Umstellung auf E-Mobilität und alternative Kraftstoffe schneller hin?

Ich möchte diesen Themen überhaupt nicht die Wichtigkeit nehmen, aber es verbirgt sich dahinter die Frage, ob es denn nicht ein bisschen egal ist, wieviel Energie wir verbrauchen, wenn diese doch nur sauber ist? Meine Antwort darauf ist ganz klar: Nein, ist es nicht. Spätestens, wenn wir nicht nur auf CO₂ gucken, sondern auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, den Ressourcen- und Flächenschutz, und solche Aspekte mit hinzudenken, dann wird relativ schnell deutlich, dass die rein technischen Lösungen nicht ausreichend sind. Warum das so ist und was das Ganze tatsächlich mit kindgerechten Lebensräumen zu tun hat, dafür habe ich ein paar typische Handlungsfelder mitgebracht, mit denen wir uns beschäftigen und die sich um die Themen Klimaschutz und Anpassung in der Stadtentwicklung drehen. Ich möchte hier die Verbindung zwischen diesen verschiedenen Aspekten herstellen.

Hier sind einmal Gebäude: Ein ganz wichtiges



und klassisches Handlungsfeld in diesem Bereich sind Sanierungen oder die Photovoltaik auf dem Dach und die Dachbegrünung. All das sind die bekannten Themen, die wir beim Klimaschutz und der Anpassung haben. Auf der anderen Seite gibt es vor allem in den letzten Jahren sehr verstärkt die soziale Komponente, die diskutiert wird: Die Knappheit im Wohnraumbereich. Eigentlich sage ich immer lieber, dass es eine nicht optimale Verteilung von Wohnraum ist. Das hat den Neubaudruck in den Städten in den letzten Jahren noch einmal massiv erhöht, was letztendlich natürlich wieder zu einem Mehrverbrauch an Energie und Ressourcen führt. Wohl dem Kind, das in einem Haus mit Garten aufwachsen darf, was aber längst nicht jedem Kind vergönnt ist. Und längst nicht jedes Einfamilienhaus wird tatsächlich von einer Familie genutzt. Das heißt, das bedarfsgerechte Bauen und Nutzen von Gebäuden einen viel besseren Beitrag zum Klima- und Flächenschutz leisten kann, als die Frage, welche Flächen wir noch ausweisen können, um dort hocheffiziente Gebäude hinzubauen. Gleichzeitig kann es auch zu einer gerechteren Verteilung von Wohnraum führen, was nicht zuletzt auch zum Wohle der dort wohnenden Kinder ist.

Ein anderes Handlungsfeld ist die Nutzung von Straßenräumen bzw. deren Umgestaltung: Die Qualität vor der Haustür ist in Bezug auf kindgerechte Lebensräume natürlich ein ganz wichtiger Punkt. Eine wichtige Maßnahme in diesem Zusammenhang ist die Begrünung, die gleichzeitig eine Maßnahme zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist. Das Stichwort hierzu wäre Hitzeinseln. Damit verbunden ist nicht nur die bessere Aufenthaltsqualität in den Außenräumen, sondern damit einher geht auch eine verbesserte Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr, da die Umgestaltung von Straßenräumen auch sehr viel mit unserer Mobilität zu tun hat. Die Verkehrswende ist das, was sich im Rahmen des Klimaschutzes immer noch sehr schwer gestaltet. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel und auf den Fuß- und Radverkehr. Gerade das zu Fuß gehen und das Radfahren ist die Form der aktiven Mobilität, die sowohl gesundheitsfördernd und gleichzeitig auch die Form der Mobilität von Kindern und Jugendlichen ist. Sie können damit selbstständig in den Städten unterwegs sein, aber eben

nur, wenn es dafür entsprechende Infrastrukturen gibt, die auch ein sicheres Unterwegssein möglich machen.

An diesem Punkt möchte ich vielleicht noch einmal ganz kurz an dieses Eingangsstatement erinnern. Denkt man Klimaschutz und kindgerechte Lebensräume zusammen, dann wird schnell deutlich, dass nicht nur aus technologischer Sicht es nicht möglich ist, jedes heute fahrende Auto in absehbarer Zeit durch ein E-Auto zu ersetzen. Genau diese Synergien zwischen Klimaschutz, Gesundheit und kindgerechten Lebensräumen ist in so einem Fall gar nicht mitbedacht worden. Diese Synergien zeigen sich sehr schön, wenn der Blick auf die grünen und blauen Infrastrukturen in der Stadt gelegt wird, insbesondere was die Aspekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels angeht, also die Minderung von Hitze, die Regenwasserspeicherung und damit die Vorsorge für Dürreperioden.

Das Ganze kann auf Ebene der Stadtplanung dazu führen, dass es eine bessere Verteilung von Grün und Außenraumqualität gibt, mit den bereits genannten Vorteilen, die eine solche Stadtplanung und Stadtgestaltung für kindgerechte Lebensräume bedeutet. Wenn man diese verschiedenen Aspekte zusammen nimmt, subsumieren sich viele davon unter dem Thema „Umweltgerechtigkeit“, denn in der Regel sind es die Menschen und Familien, die besonders beengt wohnen, und das meistens an viel befahrenen Straßen, wodurch sie durch die Abgase, schlechte Luftqualität und auch Lärm besonders belastet sind. Gleichzeitig können diese sich nicht unbedingt ein Auto leisten und haben von der Infrastruktur vor ihrer Haustür eigentlich nicht viel. Zur Infrastruktur, die zur Entlastung von beengten Wohnverhältnissen beitragen könnte, also qualitätsvolle Außenräume und auch Grünräume, gibt es meistens keinen direkten Zugang. Das heißt, die Verteilung und Erreichbarkeit von Grünräumen ist nicht nur ein Thema der Anpassung, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit, was in diesem Falle für Kinder genauso gilt wie für Erwachsene.

Die Erreichbarkeit ist auch noch einmal das Stichwort für das letzte Beispiel und das letzte Handlungsfeld, welches ich hier mitgebracht habe. Wenn Straßenraum entsprechend neu verteilt



wird und die aktive Mobilität ermöglicht und befördert wird, ist natürlich die Frage, was erreichte ich denn zu Fuß oder auch mit dem Fahrrad? Damit meine ich nicht nur Kinderschritte, sondern das gilt zum Beispiel auch für ältere Menschen, die physisch vielleicht schon etwas eingeschränkter sind. Bei dem Thema Nahversorgung kommen einem schnell Lebensmittel in den Sinn aber auch – vor allem im letzten Jahr – Gesundheitseinrichtungen. Aber es geht eben auch um viele andere Angebote und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Für Kinder und Jugendliche spielen zum Beispiel Schulen, aber auch Kindergärten und andere Einrichtungen dieser Art eine wichtige Rolle. Wenn wir das alles in die Nahversorgung zusammen denken, dann entsteht dieses Leitbild der Stadtplanung „Stadt der kurzen Wege“ oder wie es jetzt neuerdings auch gerne genannt wird, „15-Minuten-Stadt“. Das ist auch ein Leitbild, in dem sich sehr viel von den Themen des Klimaschutzes und der kindgerechten Stadtentwicklung zusammen findet.

Es gäbe jetzt noch eine ganze Menge mehr Synergien, aber die Zeit ist begrenzt und wir sind etwas spät dran und deshalb möchte ich zum Ende kommen. Ich möchte Ihnen am Ende noch einmal mitgeben und Sie ermuntern, dass es nicht nur wichtig ist, diese Synergien zu kennen, und mir scheint, dass Sie sie offenbar schon auf dem Schirm haben, sonst hätten wir diese Sitzung heute zu diesem Thema nicht, sondern, dass man sie tatsächlich in der Umsetzung und in der Gestaltung zukunftsfähiger Ressourcen, leichter klimagerechter und kinderfreundlicher Städte noch sehr viel besser nutzen kann, als das bisher der Fall ist. Vielen Dank.

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Haben Sie vielen Dank Frau Bierwirth für Ihre Einführung. Damit würde ich als nächstes an Sie, Frau Barroso und Herr Kriener übergeben.

Noemi Coll Barroso (Schools for Future): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung in diese Sitzung. Wir sind heute hier als Schülervertretung des 2020 eingeleiteten Kooperationsprojektes zwischen dem Wuppertal-Institut und Büro Öquadrat. Schools for Future wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geför-

dert. Insgesamt haben wir eine dreijährige Laufzeit von 2020 bis 2023 vorgesehen. Die Idee von Schools for Future basiert auf Projektarbeiten mit Schüler*innen sowie Lehrer*innen. Insgesamt wird bereits an 12 deutschen Schulen gearbeitet, um zu allererst die jeweilige CO₂-Bilanz zu erfassen und im Anschluss mit diesen erhobenen Daten ein Klimaschutzkonzept zu erstellen, welches schlussendlich in den Schulalltag mit integriert werden soll.

Unser Ziel ist es, deutschlandweit klimaneutrale Schulen zu verwirklichen. Zudem haben wir weitere zentrale Schwerpunkte im Bereich der Qualifizierung von Klimaspezialist*innen und der Bewusstseinsbildung im Hinblick auf den Klimawandel von Schüler*innen sowie Lehrer*innen. Um valide Ergebnisse zu erlangen, die dann in ein Konzept übertragen werden können, haben wir an den teilnehmenden Schulen Umfragen durchgeführt. Diese fassen auch heute die aktuelle Stimmung der beteiligten Schulen zusammen. Trotz Corona haben wir es auch in Zeiten des digitalen Unterrichts geschafft, uns zu vernetzen und weiter an unserem Projekt zu arbeiten. Durch zahlreiche Online-Meetings, bei denen sich Teilnehmer*innen eingeschaltet haben, konnten wir durch Ideen und Vorschläge die folgenden heute geforderten Maßnahmen erarbeiten. Aufgrund dessen wünschen wir uns mehr Unterstützung im Bereich der deutschlandweiten Vernetzung von Schulen, um solche Online-Meetings oder auch Vernetzungen im Allgemeinen zum Thema Klimawandel nicht als eine einmalige Sache werden zu lassen.

In einigen Bereichen werden wir vom Bund bereits gefördert. In der vergangenen Zeit ist das Thema Klimaschutz an Schulen immer präsenter geworden, was zu mehr Unterstützung für Projekte in diesem Themenbereich geführt hat. Dies empfinden wir als Schools for Future als einen guten Start. Jedoch gibt es zahlreiche Situationen, die uns als Projekt immer noch behindern. Deutlich hervorzuheben ist hier der Mangel an Handlungen und der Stillstand während der Pandemie. Viele nicht umgesetzte Ideen sorgen heute für ein langsames Voranschreiten im Kampf gegen den Klimawandel. Die Coronapandemie bringt aber nicht nur Stillstand, sondern könnte auch als Chance ergriffen werden, viele nötige Aspekte im



Kampf gegen den Klimawandel wie beispielsweise die Installation von Lüftungsanlagen in Schulen zu verwirklichen. Diese wären auch eine gute Aktion im Bereich der Prävention von Ansteckungen, denn Lüftungsanlagen in allen schulischen Bereichen würden den Energieverbrauch der Schulen reduzieren. Denn auch das verpflichtende Lüften in Klassenräumen während der Pandemie führt nicht nur dazu, dass zur Winterzeiten die Schüler*innen in dicken Winterjacken frierend dasitzen, sondern es wird auch zu einem höheren Energieverbrauch durch gleichzeitiges Heizen und mangelhafte Isolierungen vor allem der Fenster führen. In den vergangenen Monaten waren die deutschen Schulen so leer wie noch nie. Eigentlich eine einmalige Gelegenheit, Sanierungen und unter anderem auch Umstellungen auf alternative Heiz- und Stromversorgungssysteme umzusetzen und zu fördern. Wenn Sanierungen umgesetzt werden, fordern wir, dass ein bewusster Blick auf klimafreundliche Produkte in der Verwendung verpflichtend ist, um weitere Klimasünden zu vermeiden. Damit fordern wir als Schools for Future-Projekt ein nachhaltiges Bauwesen als Standard.

Die Schulzeit prägt die Schüler*innen und deshalb ist es unabdingbar, schon den jüngsten Schüler*innen die Möglichkeit zu geben, mit dem Thema Klimaschutz in Kontakt zu treten. Nur durch Aufklärung über das Thema und der damit verbundenen Dringlichkeit, zu handeln, wird es den Schüler*innen ermöglicht, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und zu agieren. Von entscheidender Wichtigkeit sind hier unserer Meinung nach die Lehrenden, die in Bezug auf den Klimaschutz nicht immer auf dem neuesten Stand sind. Hier würden wir beispielsweise Weiterbildungen durch Umweltmentor*innen unterstützen und auch empfehlen. Zudem sollte das Thema Klimawandel stärker in den Lehrplan mit einbezogen werden, denn die Schüler*innen sind sehr gewillt, sich mit dem Thema Klimawandel auseinanderzusetzen, was auch unsere Umfragen gezeigt haben. Durch das Gelernte werden die Schüler*innen aufmerksamer und projizieren gelernte Aktionen gegen den Klimawandel vielleicht sogar im außerschulischen Bereich.

Jonathan Kriener (Schools for Future): Wir sind uns dessen bewusst, dass Veränderungen in unse-

rem Schulsystem nötig sind und was effektive Unterstützung an einzelnen Schulen bewirken könnten. Deshalb fordern wir explizit vom Bund, dass die Länder und somit auch die Kommunen im Bereich der Ernährung von ihm unterstützt werden. Für deutsche Schulen sollten klare Mindestvorgaben gelten, die vorschreiben, in welchen Mindestmengen vegetarische, biologische, regional produzierte und nachhaltige Produkte angeboten werden müssen. Wie an unseren Umfrageergebnissen zu erkennen ist, wird das tägliche Verzehren von Fleischprodukten von Seiten der Schüler*innen und Lehrenden nicht erwartet. Es ist sogar ein eindeutiger Umschwung zu mehr vegetarischen beziehungsweise veganen Mensaeissen erwünscht. Wir sprechen uns nicht für ein totales Fleischverbot aus, sondern halten vielmehr einen geregelten Fleischkonsum an Schulen für äußerst sinnvoll. Dazu sollten Fleischprodukte regional erworben werden. Allgemein wäre es sinnvoller, eine ausgewogene Ernährung an Schulen anzubieten, die damit nicht nur gesünder, sondern eben auch klimafreundlicher wäre.

In unseren Umfragen, die wir an den jeweiligen Pilotschulen durchgeführt haben, wird eindeutig dargestellt, dass in den Orten, in denen Fahrradwege fehlen und die Infrastruktur mangelhaft ist, der Weg zur Schule hauptsächlich mit dem Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt wird. In Orten mit besseren Voraussetzungen fahren mehr als die Hälfte der Befragten mit dem Fahrrad oder gehen sogar zu Fuß zur Schule. Auf Nachfrage gegenüber den Schüler*innen und Lehrer*innen hat sich gezeigt, dass sie eigentlich gewillt sind, zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule zu kommen. Da die Infrastruktur aber meist ein Hindernis darstellt, greifen sie schlussendlich doch zum Auto. Konkret heißt das, dass die klare Mehrheit der Schulen keinen ausgebauten Radweg zur Schule hat und die zur Schule Kommenden deshalb auf normale Straßen ausweichen müssen, was wiederum eine Gefahr darstellt.

Wir fordern die Unterstützung vom Bund gegenüber den Kommunen, die für den Ausbau der Infrastruktur des Radnetzes zu den Schulen zuständig sind. Dazu gehört auch die Gewährleistung, dass die Fahrräder an den Schulen diebstahlsicher und witterungsbeständig abgestellt werden können. Bei größeren Entfernungen zur Schule muss



das Bahnfahren günstiger gemacht werden. Es ist klar, und das haben auch unsere Datenerhebungen bewiesen, dass einer der Treiber des CO₂-Emissionsausstoßes die Klassenfahrten sind. Durch die Flugreisen, die jedes Jahr für viele Klassen einer Schule anstehen, werden Unmengen an CO₂-Emissionen verursacht. Im Bereich Mobilität ist hier der Aspekt einer der größten Baustellen der Schulen. Das Fliegen soll wegen der Schüler*innenaustausche in weiter entfernte Länder jedoch nicht verboten werden. Wir hinterfragen bloß die Sinnhaftigkeit von Kurzstreckenflügen. In unserer Forderung wollen wir uns weniger den Langstreckenflügen widmen, sondern mehr den Kurzstreckenflügen. Die sind für Schulklassen ansprechend, da sie einerseits zeitsparend und andererseits, und das ist meist der wichtigste Faktor, auffallend günstig sind. Aus diesem Grund fordern wir eine generelle Steigerung der Kurzstreckenflugpreise. Im Sinne der Nachhaltigkeit fordern wir außerdem, dass bis zu einer bestimmten Entfernung des Zielortes einer Klassenfahrt kein Gebrauch von Flugzeugen gemacht werden darf. Dieses Verbot soll zudem dafür sorgen, dass auf alternative Zielorte, die auch ohne Flugzeug zu erreichen sind, umgestiegen wird.

Wir fordern vom Bund und von den Ländern Richtlinien, an die sich die Schulen halten können. Diese letzte Forderung und sowie alle bereits genannten Forderungen teilen wir Ihnen, Frau Rüttrich, und allen anderen anwesenden Abgeordneten mit äußerster Dringlichkeit zum Handeln mit. Es liegt schlussendlich in Ihren Händen und in Ihrer Verantwortung, ob Sie unsere Ideen und Forderungen für eine nachhaltige Klimapolitik verwirklichen und uns somit die Möglichkeit auf eine lebenswerte Zukunft geben. Wir bitten Sie, unser Anliegen nicht erneut zu verschieben, sondern es heute anzugehen und sich dafür einzusetzen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Haben Sie vielen Dank für Ihre Einblicke und die sehr konkreten anschaulichen Beispiele und Forderungen, die Sie uns mitgebracht haben. Vielen Dank. Dann wären Sie, Frau Neumann, jetzt mit Ihrem Statement dran, bitte.

Claudia Neumann (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.): Danke, dass ich hier sein und stellvertre-

tend für das Deutsche Kinderhilfswerk vortragen darf, wie wir die aktuelle Lage einschätzen, was wir selbst zur Verbesserung der Situation beitragen und was wir auch klar von Politik und Verwaltung fordern. Ich werde ganz bewusst nur einige Schlagworte in der Kürze der Zeit nennen. Ich hoffe, dass wir das später in der Diskussion noch aufgreifen. Ich denke, dass die Mitglieder der Kinderkommission die Arbeit des Deutschen Kinderhilfswerks gut kennen. Aber für alle, die uns vielleicht noch nicht so gut kennen: Wir sind ein Kinderrechte-, Spenden- und Lobbyverein und seit 1972 tätig. Wir setzen uns für die Verbreitung und Umsetzung der Kinderrechte, für eine umfassende Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und für die Bekämpfung der Kinderarmut ein. Spiel- und Bewegungsförderung ist von Anfang an einer unserer Arbeitsschwerpunkte, und dazu bin ich heute hier.

Gerne möchte ich Ihnen zuerst unsere Visionen vorstellen. Das ist nichts Geringeres als die eigentlich grundsätzlich jeder Zeit und überall bespielbare, eigenständig begehbare Kommune. Dazu gehört eine kinderfreundliche Stadtplanung mit einem ganzen Netz aus unterschiedlichen Spielflächen und grünen Freiflächen, wo die Kinder und Jugendlichen auch aktiv an der Planung beteiligt sind. Natürlich aber auch eine kinderfreundliche Verkehrsplanung, die zu grünen und sicheren Wegeverbindungen führt und die auch sichere Querungsmöglichkeiten ermöglicht. Das haben wir vorhin schon alles gehört. Aber wie sieht aus unserer Sicht die Realität aus? Wir haben Phänomene wie Sanierungsstau und Nachverdichtung, leben immer noch in autogerechten Städten, reden von Verinselung der Kindheit, starker Verhäuslichung, hohem Medienkonsum und Kinder leiden unter einem anhaltenden Bewegungsmangel. Wie vorhin schon erwähnt, gibt es Mehrfachbelastungen in benachteiligten Quartieren und soziale Segregation.

Gerade die Pandemie hat uns das noch einmal ganz deutlich vor Augen geführt und es hat sich teilweise auch verstärkt. Wir reden immer noch von Verdrängung der Jugendlichen an den Stadtrand. Wir haben insgesamt zu wenig Zeit und Raum für Spiel im Ganztage und teilweise wirklich prekäre Verhältnisse in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Ich könnte die Liste jetzt noch un-



endlich fortführen, aber die Zeit fehlt uns.

Eigentlich gibt es einen ganzen Instrumentenkasten, was man dagegen tun kann. Das Problem ist, dass diese nicht flächendeckend angewendet werden. Es geht bei gesetzlichen Regelungen los. Es gibt die UN-Kinderrechtskonvention und geht über Regelungen wie die Bauordnung der Länder, bis hin zu solchen Regelungen wie dem Spielplatzgesetz Berlin. Übrigens ist das ein Novum, da Berlin das einzige Bundesland mit so einem Gesetz ist. Es gibt nationale Planungen und Richtlinien, wie zum Beispiel die nationalen Bewegungsempfehlungen. Es gibt verschiedene Förderprogramme, wie die Städtebauförderung und Wettbewerbe und auch Initiativen, wie zum Beispiel die Landesinitiativen „Bewegte Schule“. Kommunale Satzungen wie die Spielplatzsatzung, die ein ganz deutliches Signal setzen könnten. Es gibt verschiedene kommunale Planungsinstrumente, über die man auch die Spiel- und Bewegungsförderung verstärken könnte. Kommunale Einrichtungen wie zum Beispiel in Berlin „Grün macht Schule“, die sich ganz toll für grüne Schulhöfe einsetzen. Informelle Instrumente wie die Spielleitplanung, die Herr Bär erwähnt hatte. Konkrete Initiativen und Projekte, wozu wir natürlich die kinderfreundlichen Kommunen und all die anderen Projekte auch zählen. Bis hin zu Fortbildung und Empowerment. Wie es vorhin bereits erwähnt wurde, braucht es eben auch Verwaltungsmitarbeiter, die die Kinderrechte kennen und anwenden, die Beteiligungsprozesse durchführen können, und natürlich müssen die Kinder auch ihre Rechte kennen.

Was machen wir, um die Situation ein wenig zu verbessern? Natürlich Lobbyarbeit, und deswegen bin ich heute hier. Das machen wir aber natürlich auch schon länger. Wir haben uns zum Beispiel vor Jahren dafür eingesetzt, dass Kinderlärm nicht mehr wie Industrielärm gleichgesetzt wird, sondern über das Bundesemissionsschutzgesetz geschützt wird. Wir haben uns auch bei der Erstellung des Masterplans Stadtnatur eingesetzt. Wir sind in verschiedenen Projekten aktiv, unter anderem mit aktiver Unterstützung der Kinderkommission. Seit vielen Jahren initiieren wir den Weltspieltag, um eine starke Lobby für das Recht auf Spiel zu bilden. In diesem Jahr das erste Mal in Kooperation mit der Deutschen Sportjugend zum

Thema Bewegungsförderung und Bewegungsmangel. Es gibt jährliche Umfragen und dieses Jahr gab es auch eine Resolution dazu. Wir positionieren uns ganz stark und geben Forderungen dazu heraus. Auch unsere Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“, bei denen wir auf Problemlagen hinweisen, wurde vorhin schon erwähnt. Auch da wurden wir von der Kinderkommission schon unterstützt, und natürlich unsere Netzwerkarbeit. Hinter dem Weltspieltag steckt zum Beispiel ein ganzes Netz an Aktiven im Bündnis Recht auf Spiel, die gemeinsam eine stärkere Lobby für dieses Thema sein möchten. Auch unser Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendbeteiligung engagiert sich in der Fachgruppe zur Stadtplanung. Natürlich fördern wir bundesweit über viele verschiedene Förderprojekte massiv Projekte vor Ort.

Einen Großteil unserer Spendengelder geben wir in die Projekte vor Ort. Ganz wichtig ist uns immer die aktive Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst. Seit zwei Jahren haben wir auch das Projekt Schulhofräume und wir haben es – auch sehr passend zur Pandemie – das letzte Jahr unter das Motto „Naturnahe Umgestaltung von Schulhöfen“ gestellt. Es ging dabei, grüne Klassenzimmer und Schulgärten mit Insektenhotels einzurichten. Da war alles Mögliche dabei, und die Kinder und Jugendlichen sind sehr aktiv, was den Klimaschutz angeht. Es geht ihnen nicht nur um schöne Freiräume für sich selbst. Zu unserer Arbeit zählt auch die Gremienarbeit, und das auch verstärkt in den letzten Jahren. Wir waren lange Zeit in einer Arbeitsgruppe zum Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben für Naturerfahrungsräume in Großstädten am Beispiel Berlin. Dabei ging es darum, diese Flächenkategorie zu verbreiten, zu sichern und als festen Bestandteil des öffentlichen Raums zu etablieren. Das ging bis hin zu einem Leitfaden, den wir mit der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde herausgebracht haben, damit sich das einfach verbreitet, sich Initiativen trauen und auch Kommunen es zulassen und sehen, wie es gehen kann.

Eine Zusammenarbeit, die ich gerade kürzlich beendet habe, ist die Arbeit im Kompetenzteam für die UN-Dekade biologische Vielfalt. Unter dem Sonderthema „Soziale Stadtnatur, Natur für alle“, kamen Vertreter aus den sozialen und den Um-



weltbereichen zusammen. In dieser Stärke war das ein Novum. Wir haben versucht, gemeinsam Lobbyarbeit für dieses Thema zu betreiben, um die Bedeutung von Naturvielfalt für die Gesellschaft, aber vor allem für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hervorzuheben. Ich durfte vor zwei Tagen auf einer großen Abschlussveranstaltung mit Umweltministerin Schulze die UN-Dekade sozusagen beenden. Es war ein ganz klarer Appell, dass die Dekade zwar vorbeigeht, aber wir eigentlich gerade erst mit der Arbeit anfangen.

Neben dem Klimaschutz ist die biologische Vielfalt ein wichtiges Thema der Zukunft. Wir sind ebenfalls in einem bundesweiten Bündnis für temporäre Spielstraßen mit dem Schwerpunkt in Berlin aktiv. Sie haben das vielleicht auch mitbekommen, dass das in der Pandemie ein großes Thema war, in der Stadt dafür zu sorgen, dass es alternative Spielflächen gibt. Wenn der Raum in der Stadt begrenzt ist und es zu wenig Spielmöglichkeiten gibt, wieso sollte man dann nicht auch den Straßenraum für das Spielen nutzen? Wir unterstützen dabei entsprechende Initiativen, und unser Ziel ist es, ein vereinfachtes Antrags- und Genehmigungsverfahren zu erzielen. Da sind wir mit dem Berliner Senat auf einem ganz guten Weg und alle warten darauf.

Natürlich forschen und publizieren wir auch zum Thema Recht auf Spiel. Es gibt eine ganze Reihe von Publikationen, die wir haben und drei davon möchte ich Ihnen ganz kurz vorstellen. Das ist zum einen unsere Studie „Raum für Kinderspiel“, die Nachfolgestudie für die Freiburger Kinderstudie, die vielleicht einigen von Ihnen bekannt ist. Darin kommt ganz klar heraus, dass bei guten Wohnverhältnissen die Kinder täglich im Schnitt 2 Stunden draußen unbeaufsichtigt spielen. Kinder in schlechten Wohnverhältnissen aber gerade einmal eine Viertelstunde. Der Wohnraum ist daher ganz entscheidend für das Spielverhalten der Kinder.

Unseren jährlichen Kinderreport haben wir letztes Jahr dem Thema „Draußenspiel“ gewidmet. Dazu gehört auch immer eine große repräsentative Umfrage. In dieser haben die Befragten ganz klar gesagt, dass die Erreichbarkeit von Orten zum Draußenspiel ihr Problem ist. Es fehlen die Radwege,

die Grünwegeverbindungen, und sie trauen sich nicht, ihre Kinder rauszulassen, selbst wenn es diese Orte gibt. Dort hakt es und da muss man ran.

Eine ganz frische Studie, die wir gerade in diesem Frühjahr herausgegeben haben, ist die Studie „Eine Stadt, getrennte Welten“. In dieser kam ganz klar heraus, wir hatten es vorhin auch schon gehört, dass Kinder aus armen Familien in entsprechenden Wohnquartieren stärker von Umweltbelastungen betroffen sind als Kinder in gutsituierten Haushalten, die vielleicht im grünen Stadtrand wohnen.

Wir fordern deswegen das Recht auf Spiel! In den Kommunen müssen beteiligungsorientierte Spielflächenkonzepte aufgestellt werden. Die Naturerfahrungsräume sollen weiter bundesweit etabliert werden. Wir brauchen eine kinderfreundliche Verkehrsplanung. Wir brauchen im Ganztagsraum und Zeit zum Spielen. Und die Kinder- und Jugendarbeit muss gestärkt werden. Für die kinderfreundliche Stadtplanung möchten wir, auch wenn es gestern erst einmal zu Ende war, daran festhalten, die Kinderrechte ins Grundgesetz zu ...

Abg. **Susann Rührich** (SPD): ... wir auch ...

Claudia Neumann (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.): ... es würde uns sehr stark helfen ... ja, wir alle zusammen ... Wir brauchen eine kinderfreundliche Verwaltung, die die Kinderrechte kennt, achtet und fachübergreifend anwendet. Wir wollen nicht nur Beteiligung bei Spielplatzplanung, sondern generell bei der Stadtplanung, beim Städtebau und bei der Stadterneuerung. Dazu haben wir vorhin wunderbare Beispiele gehört, wie es gehen kann. Wir brauchen eine Qualitätssicherung von Räumen über umfassende Spielflächenkonzepte, und diese nicht nur punktuell und anlassbezogen. Auch die Regelungen zum Bauhausnaher Spielplätze, also die Spielplatzpflicht für private Bauherren muss besser geregelt und vor allem auch umgesetzt und kontrolliert werden.

Zum Abschluss unsere Forderung für die kinderfreundliche Verkehrsplanung: Wir möchten, dass die Kinder und Jugendlichen angemessen an einer Verkehrsplanung beteiligt werden. Wir brauchen eine wesentlich kinderfreundlichere Straßenver-



kehrtsordnung. Die temporären Spielstraßen habe ich hier noch einmal erwähnt, doppelt hält besser. Wir brauchen viel mehr Maßnahmen für einen sicheren Schulweg, so wie es vorhin erwähnt wurde. Man würde gerne, aber man kann nicht, da es an den Radwegen fehlt und an vielen anderen sicheren Querungsmöglichkeiten, Elternhaltestellen bis hin zu Schulstraßen, in denen zur Not ein gänzlich Halteverbot gilt, wenn es gar nicht anders geht. Vom Schulweg abgesehen, muss es insgesamt ein kindgerechtes Wegenetz geben. Es hört also nicht beim Schulweg auf und die Kinder sollen sich überall frei und eigenständig bewegen können. Dafür müssen wir noch viel tun. Damit bin ich auch schon durch.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank Frau Neumann. Vielen Dank vor allem auch dafür, dass Sie mein Lieblingskinderrecht das Spiel so stark gemacht haben. Das vergessen die Erwachsenen immer so gern. Danke für Ihren Input. Dann könnten wir jetzt in den Austausch gehen und ich habe auch tatsächlich einige Fragen, zu denen Sie mich jetzt auch angeregt und verleitet haben. Ich würde gerne bei Ihnen, Frau Barroso und Herr Kriener anfangen. Vielleicht sagen Sie noch einmal etwas dazu, wie viele Schulen mittlerweile eigentlich in Ihrem Netzwerk bisher engagiert sind? Welche Schularten sind dabei? Kann man quasi von der Grundschule an mitmachen oder gibt es die auch? Vielleicht können Sie da so ein bisschen noch einen Einblick in Ihr Engagement geben.

Jonathan Kriener (Schools for Future): Es ist so, wie es Noemi vorhin schon gesagt hat, dass bisher 12 Schulen an dem Projekt teilnehmen. Es ist jedoch nicht so, dass man einfach hingehen kann und sagt, dass man gerne mitmachen würde. Schools for Future wählt die Pilotschulen aus und die Schulen müssen sich bewerben. Ich bin jetzt auf der Waldorfschule St. Georgen und dort sind Klassen von der ersten bis zur 13. Klasse. Da ist so gesehen auch schon die Unterstufe mit enthalten. In der AG ist es generell schwierig, den Stoff, der durchgenommen wird, also das, was man für das klimaneutrale Konzept bespricht, mit jüngeren Schülern und älteren Schülern aus der Oberstufe zusammen zu machen. Das heißt, dass es verschiedene AGs geben müsste. Das ist bisher auf meiner Schule noch nicht gewährleistet. Dort würde das eher im Unterricht besprochen, wenn

eben der Klimawandel durchgenommen wird. Das würde den jüngeren Schülern auch helfen. Also die AG ist bisher für Oberstufen.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Um die Initiative Schools for Future zu werden, geht dann in der Regel von den Schülerinnen und Schülern aus oder wer sind da die treibenden Kräfte?

Noemi Coll Barroso (Schools for Future): Es ist tatsächlich von der Schule abhängig. Ich weiß von meiner Schule aus, ich gehe auf eine Gesamtschule und mache dort jetzt aktuell mein Abitur, dass es am Anfang des Schuljahres einfach eine E-Mail an alle Schüler*innen der Schule gab und alle, die wollten, konnten teilnehmen. Wir haben eine unfassbar gute Kooperation mit beispielsweise den Hausmeistern, aber auch mit der Mensa und der Kantine. Das heißt, mit denen die CO₂-Emissionen auszurechnen, war sehr einfach, weil auch eine große Bereitschaft dafür bestand. Ansonsten sind es wirklich Schüler*innen von Klasse 5 aufwärts und Lehrer*innen aus allen Bereichen.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Spannend, vielen Dank. Dann wünsche ich Ihnen viele weitere Pilotschulen, die sich dem anschließen. Ich habe dann auch gleich zuhause etwas zu erzählen. Vielleicht wird das dann die 13. Schule. Ich hätte jetzt noch einmal einen Gedanken, zu dem Sie mich verleitet haben. Sie, Herr Bär, Frau Neumann und auch Frau Bierwirth haben jetzt bei Ihren Beispielen häufig Bilder und Beispiele gebracht, die vor allem im städtischen Kontext, also im klassischen Stadt-Kontext spielen. Jetzt sind viele Kinder auch in ländlichen Bereichen beheimatet. Vielleicht könnten Sie hier noch einmal ein Schlaglicht geben, ob Sie hier auch Erkenntnisse und Erfordernisse haben. Ich sehe es eher aus der Mikrosoziologie von einem Dorf, aus dem ich komme, in dem dann die Bushaltestelle für den Schulbus an der Bundesstraße ist und dort die Autos mit 100 vorbeifahren. Es gibt keine Verkehrsinseln, wo der Bus hält, sondern die Kinder stehen dann dort. Und dort möchte man die Kinder nicht stehen lassen und fährt sie dann mit dem Auto und lässt sie nicht mit dem Bus fahren. Wenn der Bus dann fährt, fährt er auch nur einmal hin und zurück. Dann noch so Sachen wie Spielplätze, über die Sie beispielsweise geredet haben. Wenn der Bürgermeister meint, dass auf dem Dorf doch alle die



Rutsche hinten bei sich im Garten haben und man dafür doch keine Flächen mehr für die Kinder machen braucht. Dadurch hat man dann genau diese Vereinzelung, jeder ist nur noch für sich und es gibt eigentlich gar keinen wirklichen Ort, wo Kinder und Jugendliche sich im Dorf aufhalten können. Sie treffen sich dann an der Bushaltestelle, wenn es die denn gibt. Das ist dann aber auch wieder nicht recht. Vielleicht haben Sie hierfür noch ein paar Eindrücke, dass wir sozusagen auch die Kinder, die nicht in der Stadt wohnen, noch einmal in den Fokus nehmen können. Sie zucken schon, dann gerne.

Claudia Neumann (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.): Ich zucke schon, genau, und der Finger war schon drauf. Sie treffen den Nagel auf den Kopf, und genau das ist es. Viele Bürgermeister sagen, dass jeder doch eigentlich sein eigenes Grundstück hat und wozu wir dann einen öffentlichen Spielplatz brauchen? Hier haben wir grundsätzlich erst einmal das Problem, dass wir keine wirkliche Spielplatzpflicht mehr haben. Das gehört nicht zur pflichtigen Aufgabe der Daseinsvorsorge. Von daher können die Kommunen das in der Regel irgendwie alle selbst entscheiden, ob sie dafür Mittel haben oder überhaupt den Bedarf sehen. Wenn solche Argumente kommen, dann sagen wir natürlich ganz klar „ja“. Aber es geht nicht nur alleine um die Spielfunktion, sondern um den Treffpunkt, und das natürlich nicht nur für die Kinder und Jugendlichen selbst. Es fehlt in solchen Orten überhaupt diese Dorfmitte, was man so als alten Dorfbauer kennt, auf dem sich jeder treffen konnte und auf dem vielleicht auch die Oma auf der Bank sitzt. Wir empfehlen dann zum Beispiel darüber nachzudenken, einfach einen Generationentreffpunkt oder einen Generationenspielplatz zu schaffen. Dieser macht dann auch bei schwankender Kinderanzahl Sinn, die jetzt gerade in diesem Ort wohnen und dafür oft das Argument kommt, naja, für die drei, vier Kinder brauchen wir doch keinen Spielplatz. Dass man einfach sagt, dass wir das anders definieren und so einen gemeinsamen Raum schaffen. Ich denke, dass das auf jeden Fall nötig ist und es das ist, was Kinder und Jugendliche brauchen, auch wenn jeder vielleicht seine Schaukel, Rutsche oder Wippe im Garten hat. Auf so einem großen Platz, den man gemeinsam bespielt, sind natürlich auch andere Bewegungsmöglichkeiten vorhanden,

von denen ich lange erzählen könnte.

Das Thema des Schulweges, das Sie angesprochen haben: Klar, auf dem Dorf ist nicht alles ideal und Kinder können auch nicht überall herumstreifen, spielen und nicht unbedingt eigenständig zur Schule. Manchmal ist der Schulweg auch zu kurz und sie haben dann gar keinen Anspruch auf den Schulbus. Oder der Weg dahin ist vielleicht zu kurz, aber führt durch den gefährlichen Wald, wie auch immer, oder es fehlen vielfach einfach Gehwege. Wie man das teilweise aus der Stadt kennt, das man einfach an der Straße entlangläuft, ist teilweise lebensgefährlich. Wir haben natürlich auch Verständnis dafür, dass die Eltern sagen, ich muss sie bringen und vielleicht auch, ich muss zur Arbeit in die Stadt. Auch da sagen wir, ob es sein muss, dass man das Kind am besten bis ins Klassenzimmer fährt? Nein. Man kann vielleicht schauen, ob man gemeinsame Wege mit anderen Eltern hat und Fahrgemeinschaften bildet. Das ist schon einmal ökologisch und auch ökonomisch wesentlich sinnvoller. Auch vom Zeitfaktor her, weil man sich abwechseln kann. Eventuell gibt es so etwas wie Elternhaltestellen, so dass man sagt, in 300 bis 500 Metern Entfernung von der Schule gibt es einen sicheren Parkplatz. Oft sind es die Supermarktparkplätze, aber auch andere, auf denen sich alle treffen können, die Kinder sicher aussteigen, ohne dass sie in den Gegenverkehr geraten. Von dort gehen sie gemeinsam und haben dieses letzte Stück Erfolgserlebnis, eigenständig diesen Weg zurückgelegt zu haben. Es gibt nicht nur schwarz und weiß, man muss auch viele Dinge ausprobieren.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Herr Bär.

Dominik Bär (Kinderfreundliche Kommunen e. V.): Um aus den praktischen Projekten der Kommunen zu ergänzen: Unser Programm spricht grundsätzlich nur Kommunen an, die mindestens 5.000 Einwohner*innen haben. Darunter können wir nicht arbeiten, weil die Verwaltungsstruktur, mit der wir zusammenarbeiten müssen, zu klein ist oder gar keine hauptamtlichen Bürgermeister*innen haben. Aber auch bei unseren kleinen Kommunen ...



Abg. **Susann Rührich** (SPD): ... ich hätte 10.000 Einwohner*innen aber auf 43 Ortsteile zu bieten.

Dominik Bär (Kinderfreundliche Kommunen e. V.): Das ist ... Mit solchen Kommunen arbeiten wir durchaus. Wir haben zum Beispiel Nauen, welche mit 17 Ortsteilen eine der flächenmäßig größten Kommunen deutschlandweit ist. Wir haben ansonsten Kommunen, die knapp 8.000 Einwohner*innen haben und die merken, wie wichtig es für den sozialen Zusammenhalt und die Attraktivität der Kommunen ist, auch Flächen zu haben, die sich außerhalb des eigenen Hinterhofs und des eigenen Gartens befinden, wo sich Kinder und Jugendliche treffen können. Die führen mit den Kindern Dorf-Checks durch, bei denen geschaut wird, welche Orte und Wegeverbindungen für die Kinder und Jugendlichen wichtig sind. Wichtig dabei ist es, über den Schulwegeverkehr hinauszudenken. Gerade für die Kinder und Jugendlichen ist Mobilität sozial sehr wichtig, wenn sie aus ihrem Dorf raus wollen. Das können sie nur mit dem öffentlichen Personennahverkehr. Es ist oft ein Problem, dass dieser nur an den Schulzeiten ausgerichtet ist. Ein sehr großes Anliegen ist, welches immer wieder formuliert wird und auf das wir bei den kleineren Kommunen, die landkreisangehörig sind, auch immer wieder stoßen, dass viele Entscheidungen auf der Landkreisebene gefällt werden. Viele Kommunen, die vorangehen wollen, können zum Beispiel nicht Tempo 30 ausweisen. Es gibt nur noch einzelne Landkreise, muss man sagen, in denen die Straßenverkehrsordnung geändert worden ist, aber immer noch nicht stark genug geändert wurde, die sagen, dass hier kein Tempo 30 angeordnet werden darf, weil es nicht flächendeckend genug ist und weil die Unfallzahlen nicht hoch genug sind oder ähnliches. Darauf reagieren wir dann sehr irritiert und versuchen, die Kommune darin zu unterstützen. Es besteht noch Handlungsbedarf, dass die Kommunen solche Sachen wirklich selbst entscheiden können, weil sie am besten wissen, was sinnvoll ist.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Frau Bierwirth, möchten Sie auch reagieren?

Anja Bierwirth (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie): Gerne. Es ist ein wichtiges

Thema und wir schauen auch in ländlicher geprägte Räume und oft auch nicht zuletzt im Stadt-Land-Verbund. Gerade das Handlungsfeld Nahversorgung, Erreichbarkeit von Orten und Dienstleistungen ist vor allem im ländlichen Bereich ein ganz großes Thema. Das gilt allerdings tatsächlich auch für manche Stadtquartiere. Gerade wenn wir über reine Wohnquartiere sprechen, dann ist das dort durchaus ein Thema, aber im ländlichen Raum natürlich noch viel massiver. Das heißt die Erreichbarkeit von Angeboten, Einrichtungen, Plätze und Orten. Wenn es um die Frage geht, ob jetzt tatsächlich ein Spielplatz sein muss und ob wir uns den leisten können, dann gibt es wunderbare Ideen und auch Möglichkeiten, Orte und Gebäude multifunktional zu nutzen. Ob das dann verschiedene Zeiten sind, die nur bestimmten Gruppen vorbehalten sind oder eine Ausstattung flexibel gehalten ist, so dass sie verschiedene Nutzungsmöglichkeiten ermöglicht. Das sind Sachen, die wir gerade in ländlichen Räumen, auch in manchen Dörfern sehen, bei denen Multifunktionalität eine ganz wichtige Rolle spielt. Das können auch täglich wechselnde Angebote sein. Es gibt ganz viele Ideen und eigentlich auch ganz tolle Konzepte, bei denen man auch die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen wunderbar mitdenken kann. Das gilt sowohl für den Außenbereich als auch für Gebäude.

Ein wichtiger Punkt ist der öffentliche Nahverkehr in ländlichen Räumen. Hierzu könnten meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Mobilität viel mehr sagen, aber ich weiß, dass es auch dazu eine Menge Konzepte und Ideen gibt, wie man diesen intensivieren, besser ausbauen und die Frequenzen erhöhen kann. Dabei reden wir auch von Rufbus-Systemen und anderen Angeboten. Das wäre etwas, was auf der einen Seite den Kindern und Jugendlichen zugutekommt, aber auch allen anderen Menschen in den Dörfern, denen gewisse Anschlüsse an verschiedene Bedarfe und Einrichtungen fehlen. Von daher ist das sicherlich ein wichtiges Handlungsfeld, aber es gibt auch schon eine Menge Ideen.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Ich würde direkt noch einmal daran anschließen, weil das ein Aspekt ist, den ich auch auf meinem Zettel habe. Was für Kinder eine kindgerechte Umwelt in der Kommune ist, nutzt im Zweifel nicht



nur den Kindern, sondern ist für alle gut. Deshalb würde ich Sie aus Ihrer praktischen Erfahrung noch einmal um ein paar Beispiele oder Eindrücke bitten: Erst einmal, wenn Sie Kinder und Jugendliche direkt beteiligen, was benennen diese selbst als deren Wünsche und Anforderungen an eine kindgerechte Umwelt? Es geht wahrscheinlich über einen Spielplatz weit hinaus. Wir müssen uns als Erwachsene nicht den Kopf für die Kinder zerbrechen, sondern diese haben selbst Ideen, wie eine kindgerechte Umwelt für sie aussieht.

Wenn dann solche Projekte umgesetzt sind, können Sie vielleicht noch einmal Eindrücke schildern welche Rückmeldungen oder welches Feedback, positiver wie negativer Couleur, von den Erwachsenen, den handelnden Akteuren, den Stadträtinnen/Stadträten oder anderen kommt, was sie dann in der einen Stadtgesellschaft oder der Kommune aufgenommen haben und welche Projekte Realität geworden sind? Vielleicht geht das auch an Sie noch einmal? Haben Sie den Eindruck, dass Ihre Schulprojekte und Schulinitiativen auch über den Schulkontext hinaus wertgeschätzt und aufgenommen werden? Sie sind auch mit Ihrer Schule Teil einer bestimmten Kommune oder eines Stadtteils und Ihres Umfeldes. Herr Bär.

Dominik Bär (Kinderfreundliche Kommunen e. V.): Ich mache einfach mal den Anfang. Ich kann natürlich nicht repräsentativ hierzu Rückmeldung geben, weil wir das noch nicht in sämtlichen unserer Kommunen ausgewertet haben. Zwei Beispiele, die mir jetzt einfallen und genannt worden sind. In Remschingen, einer kleinen Kommune zwischen Stuttgart und Karlsruhe, die aus drei Ortschaften, aber ohne Ortsmitte besteht, ist ein neues Rathaus beziehungsweise eine Kulturhalle gebaut worden. Dabei sollte der neue Rathausplatz gestaltet werden und den Kindern und Jugendlichen wurde die Möglichkeit gegeben zu entscheiden, was auf den Rathausplatz drauf soll. Fest stand, dass es einen Schriftzug auf diesem Rathausplatz geben sollte. Wie dieser genau aussehen sollte, war jedoch nicht so klar. Die Kinder haben drei Vorschläge unterbreitet und einer war, den Ortsnamen Remschingen selbst dort aufzustellen, und zwar in Form von bespielbaren Buchstaben, die alle individuell von einem

Spieldesignbüro entwickelt worden sind. Das Ganze ist grandios angenommen worden. Es gibt mittlerweile von zwei Stuttgarter Rappern bei Facebook oder so ein Rapp-Video, was auf dem Spielplatz gedreht wurde. Sie haben sich extra auch mit dem Thema Kinderfreundlichkeit in Remschingen auseinandergesetzt. Die Ideen von den Kindern und auch von den Jugendlichen wurden positiv aufgegriffen. Dieser Platz entwickelt sich dort einfach und dort hat es wirklich sehr gut funktioniert.

Ein anderes Beispiel, jetzt wieder aus dem städtischen Raum, ist Regensburg. Ich habe es vorhin schon genannt, dass es eines unserer leuchtenden Beispiele ist. Regensburg nähert sich dieser beispielbaren und begehbaren Stadt an. Regensburg hat ein mittelalterliches Zentrum, das vom Autoverkehr quasi befreit ist. Ein Vorschlag dort betraf die Busse, die durch die Altstadt durchfahren. Vor diesen Bussen haben viele Kinder Angst, weil die Straßen relativ eng und die Busse groß sind. Es wurde geäußert, dass die Kinder nicht wissen wohin, da es dort keine Bürgersteige und ähnliches gibt. Deshalb sind die Busse, die durch die Altstadt fahren, verkleinert worden. Es sind kleinere Fahrzeuge, die schmaler sind, so dass sie die Kinder nicht so erschlagen. Das wird auch von den anderen Leuten, die dort unterwegs sind, sehr geschätzt. In der Fußgängerzone und an ganz vielen anderen Stellen sind Spielpunkte eingerichtet worden, die sich in die Fußgängerzone, das Ortsbild, die Denkmäler und Monumente und ähnlichem eingliedern. Es ist uns berichtet worden, dass man normalerweise am Wochenende oft aus der Stadt raus aufs Land zu irgendwelchen Naherholungsgebieten oder ähnlichem fährt. Aber in Regensburg ist es umgekehrt, da kommen die Leute am Wochenende aus Donauaustauf oder ähnlich kleinen Orten in die Altstadt nach Regensburg, um sich dort vor allem mit Kindern aufzuhalten. Diese Altstadt bietet für Kinder Aufenthaltsqualitäten, obwohl sie relativ steinlastig ist und relativ wenig Grün hat. Aber es funktioniert entsprechend gut und wird angenommen.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Frau Neumann.

Claudia Neumann (Deutsches Kinderhilfswerk e. V.): Ich kann natürlich Herrn Bär absolut zu-



stimmen. Vielleicht auch zwei kleine Beispiele aus meinem Alltag. Ich war vor vielen Jahren bei der Spielleitplanung in Eberswalde dabei und habe mit den Kindern und Jugendlichen Streifzüge gemacht. Bei dieser Bestandsanalyse, was gut und was schlecht ist, waren wir alle total erstaunt, dass es ihnen auch darum ging, dass auf den kaputten Gehwegplatten die Oma stolpern kann oder warum es Dreckecken mit so viel Müll gibt. Das waren Dinge, bei denen man gemerkt hat, dass es ihnen nicht nur um sich ging oder darum, für sich tolle Plätze oder Spielmöglichkeiten zu schaffen, sondern die Kinder und Jugendlichen haben die ganze Stadt und auch alle Bevölkerungsgruppen im Blick, was das Wesen der Spielleitplanung ist. Sie haben auch beim Spielplatz die Sandkiste für die Kleinkinder geplant, obwohl sie selbst längst aus diesem Alter raus sind. Man merkt auch, dass wenn es um Verkehrsplanung geht, dass zum Beispiel von der Ampelschaltung oder von abgesenkten Bordsteinen alle profitieren. Und das merkt die Bevölkerung natürlich auch. Natürlich gibt es immer wieder Vorbehalte, gerade auch was ältere Kinder und Jugendliche angeht: Was werden die sich wünschen? Das sind irgendwelche Treffpunkte, wo sie laut sein können. Wenn die Bevölkerung miteinander ins Gespräch kommt und ein richtiger Generationendialog entsteht, dann merken auch die älteren Erwachsenen, dass es gar keine verrückten Wünsche von den Kindern und Jugendlichen sind. Es sind richtig vernünftige, von denen viele profitieren und viele absolut berechtigt sind und für die man sich auch einsetzen kann.

Bei den Schulhofräumen, die ich vorhin schon erwähnt hatte, war es zum Beispiel letztes Jahr so, dass dort auch viele Kinder und Jugendliche dabei waren, die sich nicht das tolle Klettergerät gewünscht haben, sondern gesagt haben, dass sie eine grüne Oase für die Schmetterlinge, eine Schmetterlingswiese und eine Hecke, wo sich die Insekten zurückziehen können usw. schaffen wollen. Die Kinder und Jugendlichen hatten und haben es verstanden, dass es um eine grüne Umwelt für alle und um eine nachhaltige Gestaltung der Natur geht, wovon alle profitieren. Das wird natürlich auch von der Bevölkerung und der ganzen Kommune honoriert. Wenn realisiert wird, dass in unserer Stadtmitte auf dem Schulhof eine grüne Oase geschaffen wird, die vielleicht sogar öffent-

lich zugänglich ist und alle dorthin können, dann haben alle etwas davon. So etwas gibt es immer wieder an positiven Beispielen.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Dann gerne Frau Barroso.

Noemi Coll Barroso (Schools for Future): Danke. Ich denke, dass wir uns auch nur dem anschließen können, was jetzt gesagt wurde. Ich denke zwar auch, dass die bereits bestehende Kommunikation noch mehr sein könnte, aber dass sie sehr profitabel ist. Wir sind unfassbar dankbar dafür, dass wir immer ernster genommen werden, obwohl es natürlich immer noch zu wenig ist. Natürlich wären die geschilderten Probleme mit Bezug auf die Radwege besser, wenn die Infrastruktur besser wäre, und dann würden wir auch mit dem Rad fahren. Das haben auch Umfragen von uns bestätigt. Zum Beispiel hatten wir an meiner Schule eine Umfrage, in der wir gefragt haben, ob man schon mit dem Fahrrad fährt oder mit dem Fahrrad fahren würde, wenn es ginge? Da hatten wir zum Beispiel insgesamt 60 Prozent, die das auch machen würden. Auch bei der Kommunikation im Allgemeinen, wie wir es eben schon gesagt haben, wünschen wir uns mehr Möglichkeiten in der Vernetzung von Schulen und unter den Schülerschaften deutschlandweit. Bei unseren Treffen auch zu den Maßnahmen, die wir heute fordern, konnten wir nicht aufhören zu diskutieren, und ich glaube, es waren fast zwei Stunden, in denen wir Unterschiede zwischen den Schulen kennengelernt und verstanden haben und wie alles von der Umgebung abhängig ist.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Herr Kriener möchten Sie noch gerne?

Jonathan Kriener (Schools for Future): Zum Thema Unterschiede: Wie es auch in unserem Handout bei der Freien Waldorfschule St. Georgen und der Erich-Fried-Gesamtschule zu erkennen ist, wie unterschiedlich in der Schule unterrichtet wird und ob jetzt Schüleraustausche jedes Jahr stattfinden oder andere Dinge, die jetzt CO₂ verursachen würden. Wir haben in jenem Austausch gesehen, der eben knapp zwei Stunden ging, wie unterschiedlich die Schulen dort reagieren. Es ist nicht so, dass alles immer gleich gemacht wird, was ich glaube auch wichtig ist, weil dadurch ein



Austausch entstehen kann. Nur so können sich die Schulen austauschen und merken, was bei ihnen noch fehlt oder man sieht, was die anderen schon oder noch nicht machen. Dann tauscht man sich zu allem aus und es entsteht etwas Großes und Ganzes. Ich glaube auch, dass generell der Radweg oder einfach die Mobilität in der Schule extrem individuell ist und man das auch nicht verallgemeinern kann. Wir haben jetzt hier die beiden Auszüge und es besteht schon ein deutlicher Unterschied beispielsweise beim Verkehr und der Mobilität. Aber auch in den anderen Aspekten, wie Gebäudeenergie und erneuerbarer Energie etc.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Frau Bierwirth, möchten Sie noch einmal reagieren?

Anja Bierwirth (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie): Vielleicht von meiner Seite noch ein kleines Projekt als Beispiel: Es gibt ein Projekt, das wir gerade durchführen und ein Kollege von mir betreut, das heißt „Lebenswerte Straßen, Orte, Nachbarschaften“, kurz „LesSON“. Dabei geht es um zwei Straßen in Dortmund und Gelsenkirchen, bei denen tatsächlich notwendige Umplanungen, Gestaltungen und Sanierungen anstanden. Dort war man ganz dankbar, als die Idee aufkam, wie die Straßen denn aussehen sollen? Wenn jetzt schon saniert werden muss, wie können wir diese Möglichkeit nutzen? Diese anlassbezogene Geschichte, wenn ohnehin etwas gemacht werden muss, dass man dann verschiedene Aspekte gleich mitbedenkt und mitgestaltet, ist eine ganz großartige Möglichkeit. Es wäre schade, wenn die Straße gerade neu gemacht ist und man sie dann wieder aufreißen müsste, um Spielgeräte oder Bäume hinzustellen. Das ist dann auch ein bisschen unnötig. Aber diese Dinge gleich automatisch mitzudenken, einzuplanen und auf dem Schirm zu haben, wo ohnehin etwas passiert, ist, glaube ich, ganz wichtig. In der einen Straße war es tatsächlich so, dass dort unter anderem auch eine Kita liegt und es zum Thema Mobilitätsverhalten Umfragen gab. Was wünschen sich die Menschen dort? Wer braucht tatsächlich eine Parkmöglichkeit für ein Auto nah am Ort? Wer wäre bereit, ein bisschen weiter zu laufen und das Auto in einer Quartiersgarage abzustellen? Was ist mit Sitzbänken, Aufenthaltsmöglichkeiten, Ausruhmöglichkeiten, Wege, gerade auch für ältere

Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind? Alle diese Sachen wurden unter anderem auch bei den Kindergartenkindern abgefragt. Die Vorstellung davon, wie eine lebenswerte Straße aussieht, war nicht komplett konträr. Es gab ganz viele Ideen, die sich eigentlich über alle Altersstufen sehr gut und kompatibel zusammenfügten. Jetzt kommt zum Glück auch die Umsetzung, und mit ein bisschen Glück werden diese Straßen nächstes Jahr auch tatsächlich in diese Richtung umgestaltet, so dass sie wirklich für die Anwohner*innen Qualität haben und nicht nur für die, die dort durchfahren.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Vielen Dank. Wir sind zeitlich auch schon auf der Zielgeraden angekommen. Deshalb möchte ich einfach für das, was Sie gerade gesagt haben, noch einmal zwei Beispiele anbringen, die mir sehr eindrücklich gezeigt haben, dass dieses Mitdenken von Anfang an einfach für alle gute Ergebnisse beinhaltet. Wir haben unter anderem mit Stadträten Stadtführungen mit Kindern gemacht. In einer Höhe von 1,20 Meter sieht die Welt ein bisschen anders aus, also von 1,60 Meter, die ich vielleicht einschätzen kann und von 1,80 Meter vielleicht noch einmal anders, weiß ich nicht. Die Kinder fragten beispielsweise, wo der Fußgängerüberweg, der zur Schule führt, ist? Der Stadtrat erklärt den Kindern dann, dass der doch eben erst dort hingemacht wurde. Die sagen dann aber, dass sie dort gar nicht langgehen, weil der Hort oder das Hortgebäude woanders ist und deren Weg ein anderer ist. Ich fand das einen total spannenden Aha-Effekt durch die Stadtführungen mit Kindern. So wie es auch beschrieben wurde, muss man sich den Blick einfach zu Eigen machen, um dann die Ergebnisse auch gut machen zu können.

Andere Beispiele: Wir haben jetzt viel über Spielplätze geredet. Ein Bürgermeister einer kleinen Gemeinde hat von Anfang an gesagt, dass er einen Spielplatz bauen will und dafür Stadtführungen mit Kindern durchführt. Dabei hat er gesagt, welche Grundstücke grundsätzlich dafür zur Verfügung stünden. Dann sind die „Königskinder“, so heißt der Verein, durch die Gemeinde und haben super diskutiert. Jetzt ist dort ein ganz toller Spielplatz entstanden, an dem sich alle treffen, mit Bewegungsgeräten für die Älteren und einen Grillplatz, also ein toller Ort. Wenn man es möch-



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinder-
kommission)

te, geht es zu machen. Und wenn man es dann noch ein bisschen, ich will nicht sagen institutionalisiert, aber verbindlicher macht, und es nicht vom Zufall abhängt, ob jemand gerade mitdenkt oder nicht, sondern dass es selbstverständlicher wird, dann würden wir uns mit Sicherheit gerne alle dafür einsetzen.

Ich danke Ihnen für die Inputs und die Rück-

meldungen. Wir werden eine hoffentlich alles ausreichend bedenkende Stellungnahme in dieser Legislatur erstellen, die Ihnen natürlich zugeht und mit der wir weiter arbeiten können. Vielen Dank, und damit beende ich die Sitzung mit den besten Wünschen, gute Gesundheit und einen schönen Sommer, so Sie denn demnächst in den Urlaub fahren können. Ich danke Ihnen.

Schluss der Sitzung: 16.35 Uhr

Susann Rütlich, MdB